

European Commission  
Directorate-General for Competition  
State Aid Registry  
1049 Bruxelles/Brussel  
Belgique/België

Ihr Zeichen und Tag: 02/08/2021  
Unser Zeichen: DSH 08/21  
Ihr Ansprechpartner: Michael Wiener  
Telefon: +49 2203 937-111  
E-Mail: michael.wiener@gruener-punkt.de  
Datum: 2. August 2021

Ref.: HT.5371

**CONFIDENTIAL**

**COMP-CEEAG-CONSULTATION@ec.europa.eu**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem auf der Internetseite der Europäischen Kommission veröffentlichten Entwurf der Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2022 (KUEBLL), räumen Sie den Unternehmen die Gelegenheit zur Stellungnahme ein.

Als stromkostenintensives Unternehmen der Kunststoffindustrie, das auf Grundlage der besonderen Ausgleichsregelung nach dem EEG 2021 nicht die vollen, sondern einen reduzierten Betrag der erheblichen Kosten zur Förderung der erneuerbaren Energien tragen muss, nehmen wir, die

**DSD - Duales System Holding GmbH & Co. KG** (im Folgenden: DSD)

mit den Tochterunternehmen

**Systec Plastics Eisfeld GmbH** (im Folgenden: SPE),

**Systec Plastics GmbH** (im Folgenden: SP),

die Gelegenheit zur Stellungnahme wahr.

Wir wehren uns vehement gegen die Herausnahme des NACE-Codes 38.32 aus der Liste der anspruchsberechtigten Unternehmen in Anhang 1 des Entwurfs der KUEBLL. Unter den derzeit gültigen Leitlinien von 2014 ist der NACE-Code 38.32 in Anhang 3 genannt.

Wie wir sogleich näher begründen werden, würde der Wegfall der Beihilfeberechtigung eine unmittelbare Gefährdung unserer Unternehmensgruppe, insbesondere der SPE und der SP, zur Folge haben. Um Ihnen die Konsequenzen einer Herausnahme des NACE-Codes 38.32 aufzuzeigen, möchten wir zunächst kurz unsere Unternehmen vorstellen (dazu unter A.). Sodann werden wir uns eingehender zum Entwurf der KUEBLL äußern (dazu unter B.).

### **A. Vorstellung des Unternehmens**

Der Grüne Punkt hat seit 1990 das weltweit erste duale System zur endverbrauchernahen und hochwertigen Verwertung von Verkaufsverpackungen aufgebaut und organisiert. Er ist heute ein führender Anbieter von Rücknahmesystemen.

Mit dem Ziel, Industrie und Handel von ihrer Rücknahme- und Verwertungspflicht nach der gesetzlichen Verpackungsverordnung zu befreien, baute der Grüne Punkt neben dem öffentlich-rechtlichen ein zweites (duales) Abfallentsorgungssystem auf. Als erstes System weltweit recycelt er seit 1991 gebrauchte Verkaufsverpackungen und gewinnt daraus Rohstoffe für den Wirtschaftskreislauf zurück.

Die Duales System Holding GmbH & Co. KG (DSD) bündelt die unternehmerischen Aktivitäten des Grünen Punkts für eine nachhaltige Wirtschaftsweise, bei der Wertstoffe in geschlossenen Kreisläufen gehalten werden. Rohstoffe sollen nicht verschwendet, Klima und Umwelt so wenig wie möglich belastet werden. Die DSD ist eine Unternehmensgruppe, die auf die Abfallverwertung spezialisiert ist und gemeinsam mit ihren Tochterunternehmen den Rohstoffkreislauf schließt. Ihre Tochterunternehmen SPE und SP sind hochspezialisierte Unternehmen der Kunststoffaufbereitung, die Unternehmen in unterschiedlichsten Ländern mit Kunststoffprodukten beliefern.

## **I. Die Tochterunternehmen der DSD**

Hauptprodukte der SP und SPE sind Granulate und Mahlgüter aus polyolefinischen Kunststoffen unter dem Namenmarken SYSTALEN in Premiumqualität. Hergestellt wird Granulat, Mahlgut oder Agglomerat aus Polypropylen (PP), Polyethylen hoher Dichte (HDPE) oder niedriger Dichte (LDPE), wobei die physikalischen und mechanischen Eigenschaften bzw. die Farbe der Kunststoffe nach Kundenwunsch im Produktionsprozess spezifiziert werden.

Die SPE beschäftigte im Jahr 2020 ca. 83 Mitarbeiter. Sie hatte im gleichen Zeitraum einen Jahresumsatz von ca. 10 Mio. EUR. Die SP beschäftigte im Jahr 2020 ca. 55 Mitarbeiter. Ihr Jahresumsatz in diesem Zeitraum betrug ca. 19 Mio. EUR.

## **II. Energieintensität**

Die Herstellung der Produkte ist äußerst energieintensiv. Abgesehen von den Rohstoffkosten, die den größten Anteil an den Gesamtkosten der Produktion einnehmen und aufgrund von hohen Weltmarktpreisen kaum beeinflussbar sind, bilden die Stromkosten einen daher wichtigen Kostentreiber.

Aufgrund des hohen Anteils der Stromkosten an der Bruttowertschöpfung sind die SP und SPE berechtigt, einen Antrag auf Begrenzung der EEG-Umlage nach der besonderen Ausgleichsregelung (§§ 63 ff. EEG 2021) zu stellen. Die besondere Ausgleichsregelung zielt darauf ab, den Beitrag, den energieintensive Unternehmen zu den Kosten für die Förderung der erneuerbaren Energien in Deutschland zu leisten haben, in einem angemessenen Rahmen zu halten, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Unternehmen zu wahren und eine Emissionsverlagerung der Unternehmen ins Ausland zu verhindern (sog. Carbon Leakage). Die besondere Ausgleichsregelung erlaubt es uns, auf den Weltmärkten zu bestehen.

Im Jahr 2020 wurden bei der SPE rund 29.850 MWh Strom verbraucht. Die Stromkostenintensität, berechnet aus dem Verhältnis maßgeblicher Stromkosten zum arithmetischen Mittel der Bruttowertschöpfung, betrug im gleichen Jahr 213%.

Im Jahr 2020 wurden bei der SP rund 9.365 MWh Strom verbraucht. Die Stromkostenintensität, berechnet aus dem Verhältnis maßgeblicher Stromkosten zum arithmetischen Mittel der Bruttowertschöpfung, betrug im gleichen Jahr ca. 38%.

Bei der Herstellung der Einzelprodukte der SPE liegt der Gesamtherstellungspreis bei 367 EUR/Tonne. Der Stromkostenanteil des Herstellungspreises beträgt bei Inanspruchnahme der besonderen Ausgleichsregelung 107 EUR/Tonne. Ohne die besondere Ausgleichsregelung läge der Stromkostenanteil hingegen bei 192 EUR/Tonne. Bezogen auf die SP liegt der Gesamtherstellungspreis bei 407 EUR/Tonne. Der Stromkostenanteil des Herstellungspreises beträgt bei Inanspruchnahme der besonderen Ausgleichsregelung 44 EUR/Tonne. Ohne die besondere Ausgleichsregelung läge der Stromkostenanteil hingegen bei 79 EUR/Tonne.

## **III. Die Produktionsprozesse**

Die SPE setzt im Rahmen ihrer Produktionsprozesse sortierte Kunststoffabfälle, d.h. Ballenware sortierter Folien aus Polyethylen mit niedriger Dichte (LDPE) ein. Sie stellt damit sog. Compounds sowie Regranulate aus Polyethylen niedriger Dichte (LDPE) her. Der Produktionsprozess bei der SPE besteht aus mehreren Stufen der mechanischen Aufbereitung: der Zerkleinerung, Friktionswäsche, Trennung, Trocknung und Auftrennung in unterschiedliche Mahlguttypen durch Klassieren. Danach werden die Kunststoffe gesichtet und verdichtet. Nach der sich hieran anschließenden physikalischen Umwandlung, die durch Schmelzen, Homogenisieren, Entgasen, Filtrieren in der Schmelze und Granulieren erfolgt, kommt es zu einer chemischen Modifikation in der Schmelze mithilfe reaktiver Substanzen. Abschließend erfolgt eine Einfärbung und Einarbeitung von Füllstoffen.

Die SP setzt im Rahmen ihrer Produktionsprozesse sortierte Kunststoffabfälle (vornehmlich aus Verkaufsverpackungen) ein. Sie stellt Regranulat bzw. sog. Compounds aus

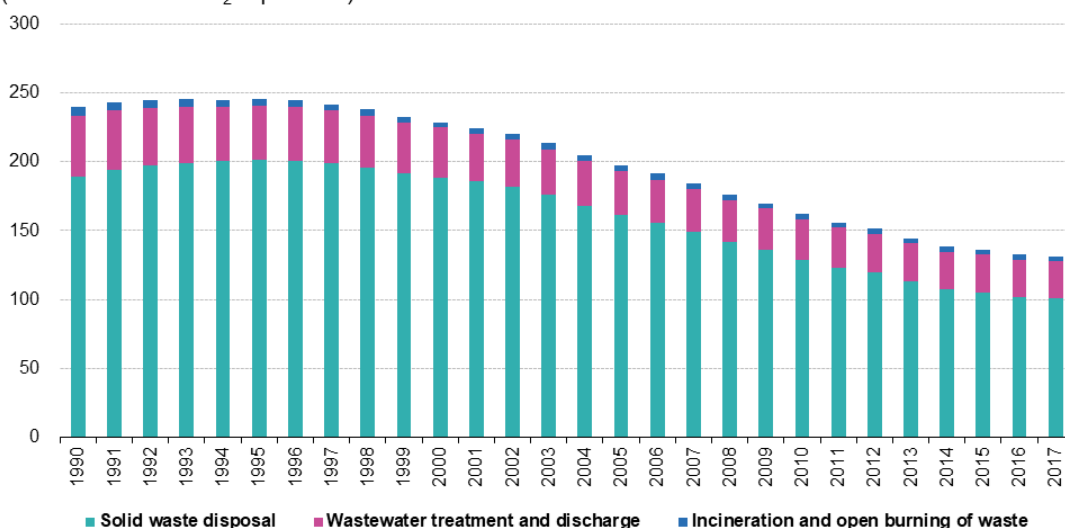
Polypropylen (PP) her. Das Ausgangsmaterial hierfür sind vor allem Post-Consumer Kunststoffe. Der Produktionsprozess bei der SP besteht ebenfalls aus einer mehrstufigen mechanischen Aufbereitung: die Zerkleinerung, Friktionswäsche, Schwimm-Sink-Trennung und Trocknung. Darauf folgt eine physikalische Umwandlung (Schmelzen, Homogenisieren, Filtrieren in der Schmelze sowie Granulieren). Abschließend kommt es zu einer Modifikation der chemisch-physikalischen Eigenschaften in der Compoundierung nach den Anforderungen der Kunden. Am Ende des Prozesses stehen qualitätsgeprüfte Systalen-Granulate. Abnehmer der von SP hergestellten Compounds aus Polypropylen (PP) sind vor allem die Gartenindustrie sowie Hersteller von Gartenmöbeln, sonstiger Haushaltswaren, von Kunststoffbehältern und Malerzubehör (Farbeimer, Farbwanne, Abrollgitter etc.).

#### IV. Kunststoff-Recycler leisten wichtigen Beitrag zum Klimaschutz

Eine sinnvolle Aufbereitung vorhandener Rohstoffe – wie es durch die SP und SPE erfolgt – schont die knappen Ressourcen der Umwelt. Mit der konsequenten Wiederverwertung von Kunststoffen leistet Kunststoffrecycling und Kunststoffupcycling einen wesentlichen Beitrag zur Ressourcenschonung und damit zum Umweltschutz. SPE und SP führen Kunststoffabfälle durch aufwendige Aufbereitung einer ökologisch nachhaltigen Verwertung zu, die gegenüber dem Einsatz in Müllverbrennungsanlagen eine signifikante Absenkung der Treibhausgasemissionen bewirkt.

##### Greenhouse gas emissions of waste management, EU-28, 1990-2017

(million tonnes of CO<sub>2</sub> equivalent)



Source: EEA, republished by Eurostat (online data code: env\_air\_gge)

eurostat 

**Abb. 1: Treibhausgasemissionen der Abfallwirtschaft, Quelle: EEA, Eurostat**

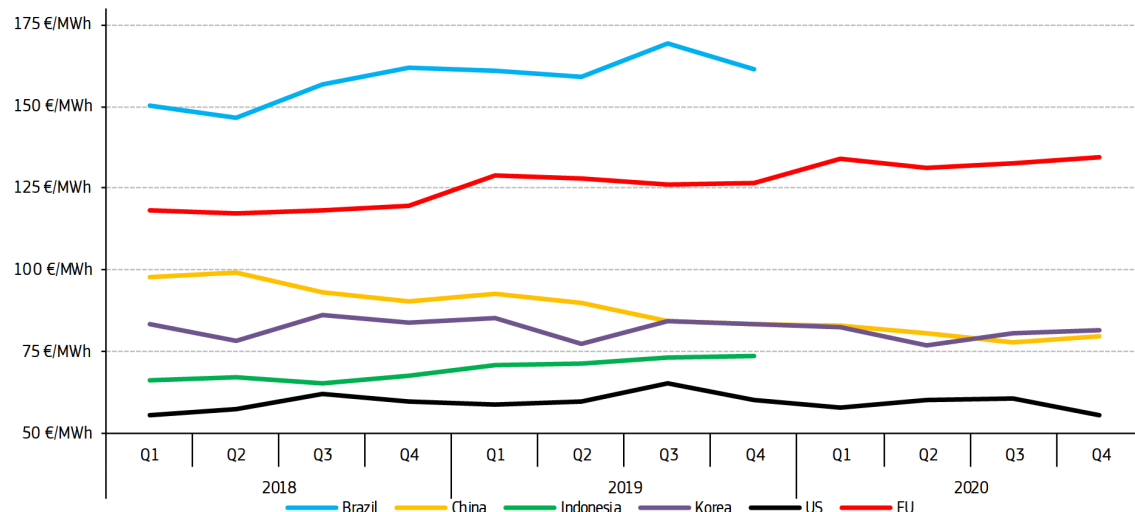
Selbst in konservativen Annahmen leistet das Kunststoffrecycling eine wichtige Rolle zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und somit zum Klimaschutz. Das Kunststoffrecycling trägt erstens zur Ressourcenschonung bei, weil es den Bedarf an Rohöl vermindert, der durch die Produktion von Neukunststoffen erforderlich wäre. Jede Tonne Rezyklat ersetzt die gleiche Menge an Neuware. Das Kunststoffrecycling birgt zudem ein enormes Potenzial für die Einsparung von klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Denn durch den Ersatz von Neuware (Rohstoff aus fossilen Ressourcen) durch Rezyklate werden 33% bis 50% der Energie eingespart, die für die Herstellung von Neuware eingesetzt werden müsste. Jede Tonne Recyclingkunststoff, die anstelle vergleichbarer Neuware zum Einsatz kommt, vermeidet spezifisch zwischen 1,45 Tonnen und 3,22 Tonnen klimarelevanter Treibhausgase in Form von CO<sub>2</sub>-Äquivalenten.

## **V. Zur Wettbewerbssituation**

Wir sind mit unseren Erzeugnissen der Konkurrenz u.a. im nichteuropäischen Ausland ausgesetzt. Für unsere Kunden bildet der Produktpreis eine zentrale, wenn nicht die ausschlaggebende Grundlage zur Auftragserteilung. Die Herstellungskosten werden maßgeblich durch die Strombezugskosten beeinflusst. Konkurrenten im Ausland, insbesondere im außereuropäischen Ausland haben dabei den strukturellen Vorteil günstigerer Strombezugskosten und damit niedriger Produktionskosten. Würden wir vollumfänglich mit den Kosten aus der Förderung Erneuerbarer Energien belastet, lässt sich dieser Nachteil nicht durch Effizienz, höhere Qualität der Produkte oder eine verlässliche Produktion und Lieferung ausgleichen.

Ein Vergleich mit den weltweiten durchschnittlichen Strompreisen für Industrieunternehmen, die auf den globalen Wettbewerbsmärkten für Kunststoffrezyklate in Konkurrenz zu uns stehen, haben wir mit die höchsten Stromkosten zu tragen; die europäische Industrie ist daher gegenüber Herstellern in Drittländern insoweit benachteiligt. So liegt der durchschnittliche Strompreis für die Industrie in der EU deutlich über dem Preis in Drittstaaten, die auf dem Weltmarkt in Konkurrenz mit europäischen Unternehmen stehen. Hier wären insbesondere die Vereinigten Staaten und China zu nennen. Außerhalb der EU zahlen Unternehmen nur einen Bruchteil der europäischen Energiekosten und haben gerade deswegen erhebliche Wettbewerbsvorteile, wie die nachstehende Abbildung verdeutlicht. Jede weitere Kostenbelastung unseres Strombezugs gefährdet damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Produktionsstandorte stärker.

**Figure 63 – Retail electricity prices paid by industrial customers in the EU and its main trading partners**



Source: Eurostat, IEA, CEIC, DG ENER computations. The latest data for Brazil and Indonesia are not available.

**Abb. 2: Strompreise für die Industrie in der EU und ihren Haupthandelspartnern, Quelle: DG Energy, Quarterly Report on European Electricity Market, Volume 13, 2020 S, 45.**

## B. Stellungnahme

### I. Einleitung

Der Entwurf der KUEBLL bedarf aus mehreren Gründen einer grundlegenden Überarbeitung, insbesondere was den Anhang 1 (ANNEX 1, List of eligible sectors under Section 4.11) betrifft:

- Die Kommission hat im Einklang mit ihrer eigenen Verwaltungspraxis und in gefestigter Rechtsprechung zu prüfen und zu bewerten, dass Beihilfen einen wichtigen Beihilfegrund haben (Rationale for Aid), so dass negative Auswirkungen auf den Wettbewerb im Binnenmarkt und im Handel so gering wie möglich gehalten werden, und dass die Beihilfemaßnahme verhältnismäßig ist. Der derzeitige Entwurf der KUEBLL konterkariert diese Kriterien und führt selbst zu einer Diskriminierung im Binnenmarkt und einer negativen Handelsbeeinträchtigung.
- Der Wirtschaftszweig mit dem Nace-Code 38.32 ist wieder als anspruchsberechtigte Gruppe von Unternehmen aufzunehmen, Anhang 1 im Entwurf der KUEBLL muss an dieser Stelle entsprechend ergänzt werden. Unternehmen dieses Wirtschaftszweigs – wie die SPE und die SP – sind regelmäßig stromintensiv und gehören einer handelsintensiven Branche an. Aufgrund der ohne entsprechende Entlastungsmöglichkeiten deutlich höheren Stromkosten besteht andernfalls eine akute Abwanderungsgefahr.

- Durch die geplanten Änderungen würde die Kreislaufwirtschaft erheblich geschwächt und CO<sub>2</sub>-Einsparungspotenziale verspielt. Auch dies wäre mit den Zielen des Grünen Deals unvereinbar.
- Die im Entwurf der KUEBLL angelegten Kriterien und die Methodik zur Ermittlung der Beihilfefähigkeit sind intransparent und lassen einen verfehlten Ansatz vermuten. Hier sind Korrekturen bzw. Klarstellungen nötig. Den Mitgliedstaaten muss bei den Entlastungsmöglichkeiten für energieintensive Unternehmen zudem ein Handlungsspielraum verbleiben, um gezielt auf erhebliche Wettbewerbsnachteile und ein individuelles Abwanderungsrisiko bestimmter Unternehmen reagieren zu können.
- Durch die vorgesehenen Anpassungen im Entwurf der KUEBLL, wie etwa den Anstieg der Eigenbeteiligung sowie die Vorgaben zu den Energieaudits, fehlen uns als Industrieunternehmen finanzielle Mittel, die wir für eine zunehmende Elektrifizierung der Produktionsprozesse zur CO<sub>2</sub>-Einsparung benötigen. Ohne Korrektur auch an dieser Stelle werden die Ziele des Grünen Deals ebenfalls nicht erreicht werden können.

## **II. Verfehlung des Treibhausgasminderungsziels u.a. durch die Streichung des Nace-Codes 38.32**

Mit dem Grünen Deal soll sich die Europäische Union, im Einklang mit Art. 3 Abs. 3 EUV, zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft verändern. Dazu gehört, dass bis zum Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist. Dieses Ziel unterstützen wir. Uns ist bewusst, dass insbesondere der Dekarbonisierung energieintensiver Wirtschaftszweige und der damit einhergehenden Elektrifizierung von Produktionsprozessen eine zentrale Bedeutung zukommt. Die Ziele des Grünen Deals setzen erhebliche Investitionen auch seitens der energieintensiven Wirtschaftszweige voraus.

Die KUEBLL sollen diesen Prozess unterstützen. Sie sollen die Transformation hin zur Klimaneutralität bis 2050 ermöglichen, den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen erleichtern und gleiche Wettbewerbsbedingungen auf dem Binnenmarkt gewährleisten (vgl. Kommission, Mitteilung über den Grünen Deal, S. 21). Richtig und notwendig ist es daher, dass die Kommission es den Mitgliedsstaaten ermöglicht, Entlastungen bei den Strombezugskosten nicht lediglich zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen bestimmter Wirtschaftszweige, sondern auch für eine erfolgreiche Dekarbonisierung der Wirtschaft, also insbesondere für die weitergehende Elektrifizierung von Produktionsprozessen, zu gewähren.

Der hierfür im Entwurf der KUEBLL gesetzte Rahmen (vgl. Abschnitt 4.11) ist allerdings unzureichend. Die bislang vorgesehenen Vorgaben schaffen nicht die notwendigen Spielräume, um den Auftrag des Grünen Deals in die Tat umzusetzen. Im Gegenteil: Die im Vergleich zur bisherigen Fassung der Beihilfeleitlinien deutlich verschärften Anforderungen



wirken kontraproduktiv. Sie verbessern die Voraussetzungen nicht bzw. nicht ausreichend. Um uns als Teil der energieintensiven Industrie in Deutschland hinreichende, wirksame und tragfähige Hilfestellungen für die dringend erforderlichen Elektrifizierungsprozesse an die Hand zu geben, bedarf es deshalb einer grundlegenden Überarbeitung des Abschnitts 4.11.

### **III. Einzelbewertungen zum Entwurf der KUEBLL**

#### **1. Keine zutreffende Betrachtung des Wettbewerbsnachteils und des Risikos einer Standortverlagerung**

In Anhang 1 zum Entwurf der KUEBLL fehlt der Wirtschaftszweig mit dem Nace-Code 38.32. **An diesem Punkt bedarf der Entwurf der KUEBLL zwingend einer Ergänzung und Überarbeitung.**

Denn erstens ist für uns nicht einmal im Ansatz nachvollziehbar, aus welchen Gründen der Wirtschaftszweig mit dem Nace-Code 38.32 nicht mehr gelistet ist. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Wettbewerbssituation haben sich in dieser Branche in den letzten Jahren nicht maßgeblich verändert oder gar verbessert. Im Gegenteil: Die Konkurrenz zu Unternehmen insbesondere außerhalb der Union ist, nicht zuletzt aufgrund der weiterhin überdurchschnittlich hohen Strombezugskosten, stärker geworden.

Nach dem derzeitigen Entwurf der KUEBLL wären beide Unternehmen aber dennoch nicht länger beihilfefähig. Im Ergebnis würde unsere Unternehmensgruppe – obwohl nach den Kriterien der Kommission ein Wettbewerbsnachteil und ein erhebliches Risiko von Standortverlagerungen in Länder außerhalb der Union besteht – mit erheblich höheren Stromkosten belastet. Das kann nicht richtig sein.

Für SPE und SP mit ihrem hohen Strombedarf wäre die aus der Streichung des NACE-Codes 38.32 resultierende zusätzliche Kostenlast wirtschaftlich und wettbewerblich untragbar. Die Belastung mit den vollen Strombezugskosten wäre – insbesondere bei fortschreitender Elektrifizierung der Produktionsprozesse – so massiv, dass die Existenzgrundlage für eine Aufrechterhaltung der Produktion in Deutschland und im Rest der Union entzogen bzw. maßgeblich gefährdet wäre. Wir müssten unter diesen Voraussetzungen zwingend eine Entscheidung darüber treffen, ob die Produktionsstätten geschlossen bzw. ins außereuropäische Ausland verlagert werden sollen.

Es muss vielmehr ein differenzierter Ansatz zugrunde gelegt werden. Im Ausgangspunkt kann zwar zunächst die Handelsintensität und Stromintensität des jeweiligen Wirtschaftszweiges berücksichtigt werden. Allerdings greift dies zu kurz. Denn die Frage der Standortverlagerung ist stets eine unternehmerische Entscheidung im Einzelfall, die eine sorgfältige Abwägung aller Umstände anhand der konkreten Gegebenheiten vor Ort erforderlich macht. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, den Mitgliedstaaten bei den Entlastungsmöglichkeiten für energieintensive Unternehmen Handlungsspielräume zu belassen, um gezielt auf erhebliche Wettbewerbsnachteile und ein individuelles Abwanderungsrisiko bestimmter Unternehmen reagieren zu können. Die Möglichkeit, dass ein Mitgliedstaat ein Unternehmen oder eine Branche unter bestimmten Voraussetzungen in seiner nationalen Regelung berücksichtigen kann, auch wenn das Unternehmen bzw. die Branche nicht im Anhang 1 zum Entwurf der KUEBLL aufgezählt worden ist, sollte vor diesem Hintergrund beibehalten werden.



## **2. Intransparente Kriterien zur Ermittlung der Beihilfefähigkeit**

Wir erkennen an, dass die zu gewährenden Beihilfen zum Schutz des innereuropäischen Wettbewerbs auf Unternehmen begrenzt werden müssen, in denen durch die Abgaben ein erheblicher Wettbewerbsnachteil und ein erhebliches Risiko der Standortverlagerungen in Länder außerhalb der Union entstehen können. Es ist nachvollziehbar, dass aus Gründen der Rechts- und Investitionssicherheit klare Maßstäbe bestehen sollen, die ein einheitliches Vorgehen innerhalb der Union sicherstellen. Dem tragen die im Entwurf der KUEBLL zugrunde gelegten Kriterien allerdings nicht hinreichend Rechnung.

Das Risiko von Abwanderungen der energieintensiven Industrie in andere Weltregionen hängt u.a. von der Stromintensität des betroffenen Wirtschaftszweiges und dessen Handelsintensität ab (vgl. Entwurf der KUEBLL, Rn. 357). Allerdings bleibt im Entwurf der KUEBLL offen, anhand welcher Untersuchungsergebnisse die jetzt maßgeblichen Schwellenwerte ermittelt worden sind. Unklar bleibt insbesondere auch, anhand welcher Maßstäbe die Handelsintensität definiert wird. Es wäre zu kurz gegriffen, hierbei allein auf den Absatz von in Deutschland bzw. in Europa hergestellten Produkten außerhalb der EU abzustellen. Ebenso entscheidend muss sein, welche Konkurrenz der Produktabsatz in Deutschland bzw. innerhalb der EU durch diejenigen Hersteller erfährt, die ihrerseits durch günstige Produktionspreise, u.a. Strombezugspreise, in Ländern außerhalb der Union konkrete Vorteile haben und diesen Vorteil im Wettbewerb mit uns ausnutzen können. Die Kommission verweist auf eine Ermittlung „anhand geeigneter Maßnahmen“, ohne auch nur im Ansatz zu erläutern, welche „Maßnahmen“ konkret betrachtet worden sind, worauf sie bezogen waren, weshalb sie „geeignet“ gewesen sein sollen usw. Auf dieser Grundlage kann also weder durch die Mitgliedstaaten noch durch das energieintensive Unternehmen selbst nachvollzogen werden, auf welcher Grundlage die Anforderungen an die Zulässigkeit von Beihilfen für die energieintensiven Branchen entwickelt worden sind.

Entsprechend unklar sind die Ausführungen, wonach die betreffenden Wirtschaftszweige „besonders stark dem internationalen Handel ausgesetzt“ sein müssen (vgl. Entwurf der KUEBLL, Rn. 351) bzw. ab wann eine „besonders starke Verzerrung von Wettbewerb und Handel“ vorliegen soll. Auch wenn aus den Formulierungen deutlich werden soll, dass hierfür richtigerweise keine starren Maßstäbe angelegt werden können und sollen, bleibt doch für weitgehend im Dunklen, wann diese Vorgaben erfüllt sein sollen bzw. wann nicht. Hinzu kommt, dass die gewählten Parameter zur Ermittlung der Beihilfefähigkeit – die Stromintensität und Handelsintensität – an keiner Stelle des Entwurfs der KUEBLL definiert oder jedenfalls näher erläutert werden.

### **3. Die „Explanatory Note on Sector eligibility“ der Kommission verschärft die Diskriminierung**

Zwar sind neuerdings kurze Ausführungen der Kommission zu den Begriffen „Stromintensität“ und „Handelsintensität“ sowie zu der angewandten Methodik zur Ermittlung der beihilfefähigen Wirtschaftszweige auf der Internetseite des Konsultationsverfahrens zu finden („explanatory note on sector eligibility under section 4.11 of the draft CEEAG“). Diese Ausführungen lassen indes nicht erkennen, dass hierbei der individuelle Beitrag unserer Unternehmen zum Umweltschutz und das unternehmensspezifische Abwanderungsrisiko berücksichtigt worden wäre. Hinzu kommt, dass die Beihilfefähigkeit anhand der durchschnittlichen Strompreise zwischen 2013 und 2015 innerhalb der EU beurteilt worden ist und damit die aktuelle Situation in den jeweiligen Mitgliedstaaten nicht ausreichend berücksichtigen kann. Veraltete und damit überholte Zahlen können keine taugliche Grundlage für zukunftsbezogene Bewertungen bilden.

Zudem muss eine Erläuterung der Förderkriterien schon aus Gründen der Rechts- und Investitionssicherheit zwingend in die Leitlinien selbst aufgenommen werden. Wir benötigen die Transparenz und Rechtssicherheit, wenn wir in den Umbau der Energieversorgung investieren wollen. Wir brauchen transparente und verlässliche Rahmenbedingungen, um Entscheidungen darüber treffen zu können, ob entsprechende Investitionen in unsere Produktionsstätten innerhalb der Union tragfähig sind oder ob finanzielle Mittel in andere Maßnahmen bzw. in Produktionsstätten an anderen Standorten fließen sollen.

Die Schwellen zur Ermittlung der Beihilfefähigkeit sind gegenüber den aktuellen Leitlinien deutlich angehoben worden. Der Entwurf der KUEBLL lässt dabei jegliche Begründung dafür vermissen, weshalb nunmehr nur oberhalb der genannten Schwellenwerte eine Beihilfefähigkeit gem. 4.11.3. zu bejahen sein soll, unterhalb dieser Schwellenwerte allerdings ausgeschlossen ist. Es ist auch nicht nachzuvollziehen, weshalb die Schwellenwerte überhaupt so deutlich angehoben worden sind. Die Notwendigkeit dazu lässt sich aus dem Entwurf der KUEBLL nicht ableiten. Sie ist auch nicht zu erkennen.

In gleicher Weise können wir nicht nachvollziehen, wie und nach welchen Kriterien die Auswahl der in Anhang 1 zum Entwurf der KUEBLL als grundsätzlich beihilfefähig anerkannten Wirtschaftszweige durch die Kommission erfolgt ist. Es heißt dazu lediglich, dass die Beihilfen auf Wirtschaftszweige begrenzt werden sollten, denen durch die beihilfefähigen Abgaben ein erheblicher Wettbewerbsnachteil und ein erhebliches Risiko von Standortverlagerungen in Länder außerhalb der Union entstünde. Das Risiko von Standortverlagerungen hänge von der Stromintensität des betroffenen Wirtschaftszweiges und der Intensität des internationalen Handels in diesem Bereich ab. Die Wirtschaftszweige, die diese Förderkriterien erfüllen, würden in Anhang 1 der KUEBLL aufgeführt (vgl. Entwurf der KUEBLL, Rn. 357). Wie die Kommission auf dieser Grundlage aber konkret zu der Auswahl der in Anhang 1 aufgezählten, deutlich verringerten Zahl von Wirtschaftszweigen gekommen ist, sollte schon aus Transparenzgründen offengelegt werden. Die bisherigen Ausführungen sind aus unserer Sicht in weitem Maße intransparent und damit nicht nachvollziehbar.

#### **4. Unangemessener Anstieg der Eigenbeteiligung**

Im Entwurf der KUEBLL beabsichtigt die Kommission zudem einen Selbstbehalt von mindestens 25% (anstatt der bisherigen 15%) sowie eine Deckelung („Super-Cap“) der Kosten von nur noch 1,5% der Bruttowertschöpfung (anstatt der bisherigen 0,5%). Nur unter Beachtung dieser Vorgaben sollen zukünftig Entlastungsmöglichkeiten für energieintensive Unternehmen als angemessen eingeordnet werden können (vgl. Entwurf der KUEBLL, Rn. 359 und 360). Auch dies geht aus unserer Sicht fehl.

Denn die Fördersysteme für erneuerbare Energien in den einzelnen Mitgliedsstaaten unterscheiden sich erheblich. Dementsprechend sind auch die Kosten für die Förderung in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich und folgerichtig auch die Belastungen für die Finanzierung dieser Kosten. Eine pauschale und nicht differenzierende Festlegung eines Selbstbehalts ebenso wie eine starre Deckelung („Super-Cap“) wird den unterschiedlichen Ausgestaltungen in den Mitgliedstaaten nicht gerecht. Ein pauschaler Prozentsatz, der für alle Mitgliedstaaten ungeachtet der tatsächlichen Mehrkosten gilt, ermöglicht es nicht, zielgenau die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen zu schützen.

Offen bleibt auch, aus welchen Gründen genau eine Erhöhung der Eigenbeteiligung veranlasst ist. Hierzu enthält der Entwurf der KUEBLL keine näheren Ausführungen. Ebenso offen ist, ob die Kommission berücksichtigt hat, dass die Erhöhung für diejenigen Unternehmen, die noch im Anhang 1 zum Entwurf der KUEBLL gelistet sind, so erheblich sein kann, dass angesichts der drohenden Kostenlast die Produktion innerhalb der Union nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Die vorgeschlagene Eigenbeteiligung erscheint uns nicht angemessen; sie dürfte zudem ineffizient sein. Stromintensive Unternehmen verlieren finanzielle Ressourcen für den Umbau der Energieversorgung. Dies konterkariert letztlich die mit dem Entwurf der KUEBLL zu Recht verfolgten Ziele des Grünen Deals. Wenn wir die Produktionsstätten auf eine klimaneutrale Basis stellen sollen – was wir ausdrücklich auch wollen –, bedürfen wir hierfür hinreichender finanzieller Mittel. Werden uns diese genommen, indem unsere Kostenlast beim Strombezug steigt, erweist sich die Kürzung der Entlastung letztlich als kontraproduktiv. Fehlsteuerungen und Fehlanreize sollten jedoch gerade mit Blick auf das kurze Zeitfenster für den Transformationsprozess vermieden werden.

Wir bitten daher die Kommission, auch diesen Punkt sorgfältig auf seine voraussichtlich nachteiligen Folgen für die Energiewende zu bedenken.

#### **5. Widerspruch zu Zielen des Grünen Deals**

Mit der intendierten deutlichen Reduzierung der beihilfeberechtigten Wirtschaftszweige, die überhaupt in den Genuss ermäßigter Abgaben auf Strom kommen sollen, sowie der Anpassung des Eigenbeteiligungsanteils dürfte die Kommission das erklärte Ziel aus dem europäischen Grünen Deal (Transformation hin zur Klimaneutralität bis 2050, Erleichterung des Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen bei gleichen Wettbewerbsbedingungen auf dem Binnenmarkt, vgl. Kommission, Mitteilung über den Grünen Deal, S. 21) nicht erreichen können.

Die in diesem Zusammenhang erforderliche Elektrifizierung von Produktionsprozessen wird voraussichtlich dazu führen, dass die Stromintensität zahlreicher Wirtschaftszweige erheblich steigen wird. Die „statische“ Aufzählung bestimmter Wirtschaftszweige in Anhang 1 zum Entwurf der KUEBLL ist vor diesem Hintergrund gerade nicht der richtige Weg, flexibel auf künftige Entwicklungen reagieren zu können. Gerade mit Blick auf voraussichtlich steigende Stromintensität sollte vielmehr eine flexible und kurzfristig umsetzbare Vorgehensweise gewählt werden. Eine regelmäßige Aktualisierung der in Anhang 1 zum Entwurf der KUEBLL-Entwurf benannten Wirtschaftszweige dürfte zwar möglich, aber mit erheblichem Aufwand verbunden sein. Daher sollte es den Mitgliedstaaten von Anfang an ermöglicht werden, die Beihilfefähigkeit auf Grundlage der von der Kommission vorgegebenen Parameter selbst zu bestimmen.

Andernfalls ergibt sich für uns, wie für viele Unternehmen auch, ein kaum zu bewerkstellender Spagat: Aufgrund der zunehmenden Elektrifizierung sind ohnehin höhere Stromkosten zu erwarten. Fallen gleichzeitig die Entlastungsmöglichkeiten weg oder werden diese stark gekürzt, werden wir bzw. viele Unternehmen die Elektrifizierung ihrer Produktionsprozesse nur eingeschränkt umsetzen können. Es entstünde also der (Fehl-)Anreiz, stattdessen die Kosten für direkte Emissionen in Kauf zu nehmen. Richtigerweise sollte jedoch der Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen innerhalb der Union im Einklang mit der Erreichung der ambitionierten Ziele des Grünen Deals höchste Priorität haben. Denn Standortschließungen und Verlagerungen von Tätigkeiten an Standorte außerhalb der Union mit geringeren Umweltstandards und Stromkosten führen lediglich zur Verlagerung (carbon leakage), nicht aber zur Verminderung von Treibhausgasemissionen.

## **6. Verstoß gegen die Ziele der „Circular Economy“ der Europäischen Union**

Darüber hinaus widerspricht es den Zielen des Grünen Deals, solche energieintensiven Unternehmen von Entlastungsmöglichkeiten auf Stromabgaben auszunehmen, deren Produkte – wie die der SPE und der SP – einen erheblichen Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen leisten.

Neben der Handels- und Stromkostenintensität eines Wirtschaftszweigs sollten daher auch die spezifischen Potentiale eines Wirtschaftszweigs zur Erreichung der Ziele des Grünen Deals bei der Beurteilung der Beihilfefähigkeit eines Wirtschaftszweiges Berücksichtigung finden. Denn die Kommission hat in der Vergangenheit bereits festgestellt, dass die europäische Kunststoffrecycling-Industrie aufgrund der ressourcenschonenden und umweltschonenden Verwertung von Abfällen direkt zum Umweltschutz beiträgt.

Von der Europäischen Union ist mit der „EU-Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft“ (EU-Kommission, Kunststoffabfälle: eine europäische Strategie zum Schutz unseres Planeten und unserer Bürger und zur Stärkung unserer Industrie, Straßburg, 16.01.2018) ein Rahmenkonzept für die Integration von Recycling in die Kunststoffwertschöpfungsketten entwickelt worden. Unter anderem soll der Markt für recycelte Kunststoffe gefördert werden. Zudem wurde die „Allianz für Kunststoffkreislaufwirtschaft“ ins Leben gerufen, die das Ziel einer jährlichen Verwendung von 10 Mio. Tonnen Recyclingplastik in der EU unterstützt und durch einen Aktionsplan (Circular Plastics Alliance, Commitments for Action and Deliverables as included in the

Declaration of the Circular Plastics Alliance, 15.10.2020) zur Zielerreichung beiträgt. Diese Bemühungen würden jedoch unterlaufen, wenn Recyclingunternehmen als ein zentraler Teil der Kunststoffkreislaufwirtschaft durch zu hohe Strompreise belasten würde anstatt sie zu fördern.

Es wäre widersprüchlich, einerseits die positive Rolle der Kreislaufwirtschaft u.a. für Kunststoffe ausdrücklich hervorzuheben, andererseits aber energieintensiven Industrieunternehmen, die das Ziel der Kreislaufwirtschaft bereits verwirklichen – wie die SPE und die SP – die Abgaben auf Strom in voller Höhe aufzuerlegen. Der Aspekt der Circular Economy und des Recyclings muss daher zwingend auch in den Vorgaben unter 4.11. des KUEBLL-Entwurfs berücksichtigt werden.

Die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Kunststoffrecyclingbranche ist essentiell für die effiziente Verfolgung des Umweltschutzes in der EU.

## **7. Verschärfung der Anforderung an Energieaudits**

Mit den Vorgaben an Energieaudits (vgl. Entwurf der KUEBLL, Rn. 365) plant die Kommission eine erhebliche Verschärfung der Anforderungen an Energieaudits. Danach sollen Beihilfen für energieintensive Unternehmen nur noch gewährt werden dürfen, wenn diese entweder die Empfehlungen im Audit-Bericht umsetzen, soweit die Amortisationszeit für die einschlägigen Investitionen 3 Jahre nicht übersteigt und die Kosten für ihre Investitionen angemessen sind, oder den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck ihres Stromverbrauchs verringern, sodass sie mindestens 30% ihres Strombedarfs aus CO<sub>2</sub>-freien Energiequellen decken oder einen erheblichen Anteil von mindestens 50% des Beihilfebetrags in Vorhaben investieren, die zu einer erheblichen Verringerung der Treibhausgasemissionen (ggf. deutlich unter dem entsprechenden Richtwert, der für die kostenlose Zuteilung im Emissionshandelssystem der Union verwendet wird) führen.

Dieses „Gegenleistungssystem“ widerspricht dem Schutzzweck einer Beihilfe nach Art. 107 Abs. 3 lit c) AEUV; wir lehnen es daher ab. Es widerspricht dem Ziel der Gewährung einer Beihilfe für energieintensive Unternehmen, das darin besteht, dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit und einer Verlagerung der Tätigkeit an Standorte außerhalb der Europäischen Union vorzubeugen, nicht in Einklang zu bringen, wenn die durch eine Ermäßigung von Abgaben auf Strom ersparten Aufwendungen zwingend in konkrete Investitionen überführt werden müssen. Auch ist diese Vorgabe zur Erreichung der ambitionierten Ziele des Grünen Deals nicht förderlich. Denn anstatt der SPE und SP diejenigen finanziellen Handlungsräume zu belassen, die Investitionen erst ermöglichen, werden die Entlastungseffekte weiter geschmälert.

## **8. Mindestbeitrag kein taugliches Mittel**

Die Kommission beabsichtigt zudem, Beihilfen in Form von Ermäßigungen auf Abgaben auf Strom nur noch dann zu genehmigen, wenn die Gesamthöhe der Abgaben (vor Abzug etwaiger Ermäßigungen) einen bislang nicht näher bezifferten Mindestbetrag in EUR pro MWh nicht unterschreitet (vgl. Entwurf der KUEBLL, Rn. 365). Vor allem mit Blick auf die Heterogenität der verschiedenen Fördersysteme in den einzelnen Mitgliedstaaten erscheint

ein solcher Mindestbetrag nicht zielführend. Zudem ist nicht erkennbar, weshalb ein solcher Mindestbetrag mit Blick auf die beihilferechtlichen Vorgaben des Art. 107 AEUV erforderlich sein sollte.

Wir schlagen daher vor, die Vorgabe unter Rn. 356 ersatzlos zu streichen.

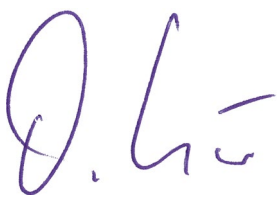
Jedenfalls sollte der Betrag nicht über der Belastung liegen, wie sie die Energiesteuerrichtlinie 2003/96/EG derzeit bestimmt (0,5 EUR pro MWh).

### C. Fazit

Aus Sicht der DSD bedarf es einer grundlegenden Überarbeitung des Abschnitts 4.11. und des Anhangs 1 der KUEBLL, um der energieintensiven Industrie hinreichende, wirksame und tragfähige Hilfestellungen für die dringend erforderlichen Elektrifizierungsprozesse an die Hand zu geben. **Zentral ist, dass der Wirtschaftszweig mit dem Nace-Code 38.32 in die KUEBLL aufgenommen wird.** Andernfalls droht ein Anstieg der Stromkosten, der dazu führt, dass die SPE und die SP zu stark mit Strombezugskosten belastet werden und somit ggf. in andere Weltregionen verlagert werden müssten. Ein solches Ergebnis wäre mit Blick auf die steigende Bedeutung der Kreislaufwirtschaft für die Verringerung von Treibhausgasemissionen geradezu paradox.

Bitte berücksichtigen Sie, dass diese Stellungnahme **vertrauliche, unternehmensbezogene Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse** beinhaltet. Deshalb bitten wir, von einer Weitergabe oder Veröffentlichung der Stellungnahme oder von Teilen derselben ohne vorherige Zustimmung abzusehen.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Wiener

Chief Executive Officer  
DSD – Duales System Holding GmbH & Co. KG